

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Programm zur Kreistagswahl 2024

Inhaltsverzeichnis

Für nachhaltige Mobilität	6
Für einen verlässlichen ÖPNV	6
Für eine zuverlässige Schüler*innenbeförderung	8
Für die Regionalstadtbahn.....	9
Für eine bessere Verbundstruktur	10
Für Erhalt statt Ausbau des Straßennetzes	12
Für ein sicheres Radnetz – in Alltag und Freizeit.....	12
Für nachhaltige Klimapolitik und Umweltschutz	14
Für die Energiewende vor Ort.....	14
Für mehr Vermeidung und Verwertung von Abfall.....	17
Für eine sinnvolle Flächennutzung.....	18
Für Natur- und Landschaftsschutz: Biodiversität fördern...	20
Für Bildung, Soziales und Kultur	21
Für zeitgemäße Bildung	21
Für Inklusion und Teilhabe.....	22
Für mehr Integration.....	23
Für sorgende Gemeinschaften.....	24
Für mehr Chancengleichheit.....	25
Kultur für alle.....	26

Grün im Kreis stärken

Seit inzwischen 45 Jahren sind die Grünen im Kreistag des Landkreises Tübingen vertreten und bringen sich stets engagiert für eine soziale und ökologische, eigenständige und bürgernahe Kreispolitik ein.

Mit der Wahl 2019 wurden wir zur stärksten Fraktion und haben unsere Stimmen für folgende Themen genutzt:

- **Energieleitlinie:** Nachhaltiges und energieeffizientes Bauen konnten wir durch die Energieleitlinie institutionalisieren. Effekt: Die neuen Schulgebäude im Kreis wurden überwiegend in Holzbauweise errichtet und brauchen kaum noch Heizenergie.
- **Windkraft und Solar:** Der Regionalverband hat Flächen ausgewiesen und ermöglicht damit Kommunen, gezielter zu bauen.
- **Regionalstadtbahn:** Die Regionalstadtbahn ist als Schlüsselprojekt einer nachhaltigen Mobilität unumkehrbar auf den Weg gebracht.
- **Nahverkehrsplan:** Der 30-Minuten-Takt auf allen Linien im Landkreis, rund um Tübingen sogar alle Viertelstunde, wurde vom Kreistag beschlossen und wird Schritt für Schritt umgesetzt.
- **Radwegkonzept:** Das Radwegenetz wird laufend ausgebaut – auch mit Radschnellwegen.
- **Artenvielfalt:** Die Grünflächen um kreiseigene Gebäude werden zunehmend insekten- und kleintierfreundlich bewirtschaftet.

- **Lokale Netzwerke stärken:** Gemeinsam mit freien Trägern kann der Landkreis Menschen auch in Notsituationen besser erreichen. Wir haben für Unterstützung und Anerkennung von vielen sozialen Initiativen und Vereinen gesorgt.
- **Mehr Teilhabe:** Projekte für Benachteiligte konnten durch uns eine verlässliche Förderung erhalten.

Wir wollen weiterhin mit fundierten Argumenten und kompetenter Arbeit für Grüne Anliegen Mehrheiten finden.

Das Aufgabenspektrum des Landkreises ist breit, jedoch ist der Kreistag nicht in allen Bereichen zuständig. Bei einigen Grünen Kernthemen, etwa dem Natur- und Landschaftsschutz, ist der Einfluss des Kreistags geringer. Klimapolitisch lassen sich vor allem im Regionalverband und mit der Agentur für Klimaschutz Akzente setzen. Kurz: Die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten in diesen Bereichen wollen wir engagiert dafür nutzen, unseren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Anders ist dies beim öffentlichen Nahverkehr, der Abfallbeseitigung, den beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und den umfangreichen Aufgaben des Landkreises als Träger der sozialen Sicherung und der Jugendhilfe. Hier hat der Landkreis eigene Zuständigkeiten – und für uns ist dies Ansporn, uns direkt und engagiert für Verbesserungen einzusetzen.

Wir wollen den Landkreis Tübingen zu einem sozial-ökologischen Modell-Landkreis machen.

Für nachhaltige Mobilität

Für einen verlässlichen ÖPNV

Der Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs ist für uns ein zentraler Baustein nachhaltiger Mobilitätspolitik. Öffentliche Verkehrsmittel sind umweltfreundlich, energieeffizient, flächensparsam und sehr sicher. Sie ermöglichen Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe für alle, auch für jene, die nicht über ein Auto verfügen.

Der auf Initiative der Grünen im Jahr 2021 fortgeschriebene Nahverkehrsplan des Kreises sieht auf allen Linien des Grundnetzes einen 30-Minuten-Takt von 5 Uhr morgens bis Mitternacht vor. Im Verdichtungsraum um Tübingen ist ein 15-Minuten-Takt vorgesehen. Wir wollen diese verbesserten Takte in den nächsten Jahren – auch bei schwieriger Haushaltslage – schrittweise umsetzen und komplettieren.

Das Zukunftsprojekt Regionalstadtbahn Neckar-Alb ist auf einem guten Weg und soll die Zukunft der Mobilität in der Region prägen.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss kundenfreundlich, barrierefrei, qualitativ hochwertig und zuverlässig sein. Dazu gehören Qualitätssicherung, Anschlusssicherung, funktionierende Kommunikation und Marketing, Verbesserung der Haltestellenausstattung, eine bessere Vernetzung des ÖPNV mit dem Fahrrad, Einhaltung von Umweltstandards und die Einführung abgasfreier Antriebe bis 2030.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die konsequente Umsetzung des Nahverkehrsplans (30-Minuten-Takt von 5 Uhr bis Mitternacht für alle Ortschaften und einen 15-Minuten-Takt von 6 Uhr bis 21 Uhr im Verdichtungsraum Tübingen).
- Nachts soll jeder Ort mindestens stündlich mit Nacht- oder Anrufbussen mit verlässlichen Anschlüssen erreichbar sein.
- Aus ökonomischen und ökologischen Gründen setzen wir bei geringer Fahrgastnachfrage verstärkt auf flexible Systeme wie Anrufsammeltaxis, ohne Abstriche bei Fahrplan, Tarif oder Fahrscheinverkauf zu machen.
- Wir wollen eine Buchungszentrale für Anrufsammeltaxis (per Telefon, Web oder App) bis 30 Minuten vor Abfahrt.
- Lücken im Busnetz sollen auch über Kreisgrenzen hinweg geschlossen werden, wo sinnvoll: neue Expressbuslinien
- Umstellung der Busse auf emissionsfreien Elektroantrieb mit Strom aus erneuerbaren Energien (bis 2030).
- Der ÖPNV muss barrierefrei sein, u. a. durch Niederflurfahrzeuge, erhöhte Bussteige sowie optische und akustische Haltestellenansagen.
- Wir streben eine vernetzte nachhaltige Mobilität an und planen sichere, überdachte Fahrradabstellplätze an allen Bahnhofstestellen und wichtigen Bushaltestellen.
- „Park & Ride“-Plätze an wichtigen Bahnhofstestellen.
- Erstellung und Umsetzung eines ganzheitlichen Ausbaukonzepts für die ÖPNV-Haltestellen im Landkreis mit umfassender Fahrgastinformation, Echtzeitanzeigen und Wetterschutz.

- Verbesserung der Zuverlässigkeit, Qualität und Anschlusssicherung zwischen den Linien.
- Optimierung der Umsteigezeiten zwischen den Stadt-bussen, Regionalbussen und dem Bahnverkehr.
- Informations- und Kommunikationskonzept für den Umstieg auf das verbesserte ÖPNV-Angebot.
- Einrichtung eines einfach zu handhabenden Anregungs- und Beschwerdemanagements mit klaren Zuständigkeiten.

Für eine zuverlässige und kostengünstige Schüler*innenbeförderung

Die Fahrplanverbesserungen haben die Verbindungsqualität im Schüler*innenverkehr gesteigert. Allerdings reichen die Kapazitäten in Stoßzeiten oft nicht aus, wodurch Schulbusse überfüllt sind. Dies erschwert es, Jugendliche langfristig für den ÖPNV zu gewinnen.

Wir Grünen haben es geschafft, die Eigenanteile bei den Monatskarten für Schüler*innen von bisher 39 Euro auf aktuell 27 Euro im Monat zu senken. Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen bekommen die Fahrkarte nach dem Bundesteilhabegesetz sogar kostenlos.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir setzen uns dafür ein, die Kapazitäten im Schüler*innenverkehr zu erhöhen und das Fahrpersonal noch stärker im Umgang mit Jugendlichen zu schulen, um die Servicequalität zu verbessern.

- Wir möchten die Eigenbeteiligung für Schülermonatskarten senken, damit Schüler*innen nicht mehr als Landesbedienstete mit Jobtickets oder Studierende mit Semestertickets zahlen müssen. Das Land muss den Landkreisen dazu die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Für die Regionalstadtbahn

Wir setzen uns stark für die Regionalstadtbahn Neckar-Alb als attraktive Alternative zum Auto im Raum Tübingen, Reutlingen und Zollernalbkreis ein. Viele Tübinger*innen steigen bereits auf umweltfreundliche Verkehrsmittel um, aber im Stadt-Umland-Verkehr dominiert immer noch das Auto. Die Erreichbarkeit wichtiger Orte wie Universitätskliniken und Hochschulen ist für unsere Region entscheidend.

Der vor Jahren gegründete Zweckverband Regionalstadtbahn konzentriert sich auf Planung und Koordination, um den Ausbau der Strecken und den Bahnbetrieb vorzubereiten. Nach Fertigstellung von Ammertal- und Ermstalbahn liegt nun der Fokus auf der Betriebsqualität und auf der Sicherstellung eines zuverlässigen Schienennetzes. Dazu gehören die Elektrifizierung weiterer Strecken und die Entwicklung eines Betriebskonzepts. Mit breiter Unterstützung und ausgezeichneter Förderung durch Bund und Land ist es nun wichtig, die ersten Bauphasen und Planungen zuverlässig und schnell umzusetzen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Ausbau der Haltepunkte auf der Neckartalbahn zwischen Tübingen und Reutlingen.
- Eine gute und stabile Betriebsqualität, insbesondere auf der Ammertalbahn mit Sicherung der S-Bahn-Anschlüsse in Herrenberg.
- Stadtbahngerechter, wo nötig zweigleisiger Ausbau und die Elektrifizierung weiterer Strecken (Tübingen-Albstadt, Tübingen-Horb, sowie die Gomaringer Spange).
- Rascher Abschluss der Planungen durch den neuen Zweckverband Regionalstadtbahn.
- Die Erarbeitung eines modifizierten Konzeptes, wie die Tübinger Innenstadt, die Universität und Kliniken nach Ablehnung der Innenstadtbahnstrecke sinnvoll an die Regionalstadtbahn angebunden werden können.
- Solidarische Finanzierung aller Projektbestandteile durch alle Projektpartner.

Für eine bessere Verbundstruktur

Seit der Gründung des Verkehrsverbundes Naldo hat sich die Bedeutung des ÖPNV erheblich verändert. Viele ursprüngliche Aufgaben des Naldo, wie die Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs und die Entwicklung von Fahrplankonzepten, blieben bislang unerfüllt. Neue Aufgaben der Digitalisierung (wie Ticketing, Echtzeit-Fahrplanauskunft, Anschluss-sicherung) brauchen eine leistungsfähige Verbundorganisation und machen eine Überprüfung der bestehenden Strukturen notwendig.

Dafür setzen wir uns ein:

- Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen.
- Attraktive Job-Ticket-Modelle müssen ein gutes Fahrplanangebot ergänzen, um im Berufsverkehr höhere Nutzungsquoten des ÖPNV zu erreichen.
- Die Landkreise sollen über die Fahrpreishöhe entscheiden, da sie inzwischen im Busverkehr weitgehend die Erlösverantwortung tragen (Stichwort: effizienter, integrierter Aufgabenträgerverbund).
- Reform für eine nachfrageorientierte Einnahmenteilung (gesetzlich vorgeschrieben).
- Einrichtung einer zentralen Dienstleistungsstruktur auf Verbundebene, um Landkreise und Verkehrsunternehmen bei Echtzeitdaten, Systemintegration, Kosten und Personalsuche zu entlasten.
- Bei der Verbesserung der Anschlusssicherung zwischen den Linien sehen wir eine wichtige Koordinationsaufgabe des Verkehrsverbundes.
- Errichtung eines Verbund-Kundencenters im Bahnhof Tübingen für alle ÖPNV-Services (Ticketverkauf, Linieninfos, Fundsachen, Beschwerden etc.).
- Neben einer Reform des Verbunds wollen wir alternativ dazu die Prüfung eines Wechsels des Landkreises Tübingen (und der Nachbarkreise) zum Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) prüfen. Dieser bietet bereits heute effiziente Dienstleistungsstrukturen.

Für Erhalt statt Ausbau des Straßennetzes

Das Straßennetz im Landkreis Tübingen ist mit einer Gesamtlänge von über 800 Kilometern bereits sehr gut. Deshalb soll der Schwerpunkt künftig nicht mehr auf dem Neu- und Ausbau von Kreisstraßen liegen, sondern auf deren Erhaltung, der Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Maßnahmen wie Kreisverkehre und dem Ausbau von straßenbegleitenden Radwegen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Sanierung und Erhalt der Kreisstraßen.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Maßnahmen wie Temporeduzierung oder den Bau von Querungshilfen.
- Ergänzung eines Unterfahrschutzes an Schutzplanken.
- Anbringung von optischen oder akustischen Wildwarnreflektoren an Leitpfosten.

Für ein sicheres Radnetz – in Alltag und Freizeit

Der Radverkehr bietet auf kurzen und mittleren Strecken eine gesundheitsfördernde, schnelle und umweltfreundliche Alternative, insbesondere mit dem Aufkommen von Pedelecs und E-Bikes auch in hügeligen Gebieten. Entscheidend für eine breitere Nutzung sind gut ausgebaute, sichere, alltags- und tourismusfreundliche Radverkehrsanlagen. Ziel ist es, ein lückenloses, gut beschildertes Radverkehrsnetz mit vordringlichen Rad-schnellwegen und Schutzstreifen zu schaffen und bestehende Lücken zu schließen.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sind Maßnahmen wie Blendschutz und weiße Randmarkierungen auf Radwegen sowie eine generelle Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 innerorts erforderlich. Die Integration neuer, schnellerer Verkehrsmittel erfordert klare Konzepte, zum Beispiel die Öffnung von Radschnellwegen für S-Pedelecs bei gleichzeitiger Geschwindigkeitsbegrenzung auf normalen Radwegen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir wollen das von uns angestoßene Radverkehrskonzept zügig umsetzen mit dem Ziel eines weiteren Ausbaus.
- Fahrradschnellwege auf besonderen Strecken für Pendler*innen-
- Blendschutz und weiße Randmarkierungen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Änderung der Straßenverkehrsordnung ein, damit die Kommunen selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30 anordnen.
- Sichere, komfortable und wettergeschützte Fahrrad-abstellmöglichkeiten an Bahn- und Bushaltestellen des Nahverkehrs und an allen Einrichtungen des Landkreises.
- Ladestationen für E-Bikes und Pedelecs an Einrichtungen des Kreises sowie an Umsteigeknoten zum ÖPNV.
- Wir setzen uns für eine bessere überregionale Abstimmung zwischen den Landkreisen ein, denn Radwege sollen nicht an der Landkreisgrenze enden.
- Wir fordern, dass wichtige Radwege zeitnah, besonders im Winter, durch die Straßenmeisterei geräumt werden.
- Als Ergänzung zum eigenen Rad wollen wir Bike & Ride sowie Bike-Sharing-Modelle fördern.

Für Klimapolitik und Umweltschutz

Für die Energiewende vor Ort

Wir Grünen sind die Vorreiter für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. Die Zeit ist vorbei, in der Wohlstand mit der Verbrennung fossiler und nuklearer Energieträger verbunden war. Wir streiten für eine energiebewusste Kultur und sind überzeugt, dass der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft zum Wachstumsmotor wird.

Die Grüne Energierevolution findet zum großen Teil auf kommunaler Ebene statt: durch effiziente Gebäude und dezentrale Energie aus Sonne, Wind und Biomasse, durch energiebewusste Raumplanung und intelligente Verkehrskonzepte. Mit innovativen Unternehmen und Handwerksbetrieben schaffen wir es, die Wertschöpfung in der Region zu halten, statt im Landkreis hunderte Millionen Euro jährlich für fossile Energien auszugeben.

Einige wesentliche Bausteine zu einer effizienten Klimapolitik im Kreis wurden von uns bereits in der letzten Kreistagsperiode erfolgreich beantragt und umgesetzt:

Kreiseigene Gebäude wie die beruflichen Schulen sollen eine Vorbildfunktion haben. Dazu haben wir eine Energieleitlinie im Kreistag initiiert und begleitet, die für Neubau und Sanierung von Kreisgebäuden bindend ist. Es sollen die Vorgaben des klimaneutralen Gebäudebestands verwirklicht werden. Damit ist sowohl eine sehr hohe Energieeffizienz, die Versorgung mit erneuerbaren Energien als auch ein geringer ökologischer Fußabdruck der Gebäude, zum Beispiel durch Holzbau garantiert.

Die beiden Neubauten der beruflichen Schulen in Tübingen und Rottenburg wurden bereits nach unserer Energieleitlinie umgesetzt.

Die Heizungen der öffentlichen und privaten Gebäude im Landkreis werden noch zu über 80 Prozent mit fossilen Energien betrieben. Eine Möglichkeit zur zügigen Umstellung auf klimaneutrale Energien ist der Bau von Wärmenetzen mit Erneuerbaren Energien auch in ländlichen Kommunen. Hierzu hat der Landkreis auf unsere Initiative eine Kompetenzstelle Wärmenetze bei der Klimaschutzagentur eingerichtet. Sie unterstützt die Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung und bei Pilotprojekten mit innovativen erneuerbaren Wärmeerzeugern wie in Starzach-Felldorf, Dußlingen, Ammerbuch-Breitenholz, Entringen, Rottenburg-Oberndorf, Wendelsheim, Tübingen-Weilheim, Hirschau, Bodelshausen und Gomaringen. Bei der Umsetzung sind Energiegenossenschaften entscheidend für die Akzeptanz vor Ort.

Auf das Betreiben der Grünen Fraktion hat der Kreistag beschlossen, einen **Klimavorbehalt für alle klimarelevanten Entscheidungsvorlagen des Kreistags** einzuführen. Die konkrete und praxisgerechte Umsetzung des Klimavorbehalts wird zur Zeit von der Landkreisverwaltung erarbeitet. Wir werden diesen Prozess weiter konstruktiv und fordernd begleiten.

Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir den Beschluss herbeigeführt, **die Landkreisverwaltung bis 2030 klimaneutral zu machen** und am European Energy Award teilzunehmen. Hierfür wurde eine neue Personalstelle geschaffen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Herausforderungen des Klimawandels fordern zukünftig von den Landkreisgemeinden verstärkte Maßnahmen zur Anpassung an Rekordhitzen, Dürren, Ernteausfälle, Überschwemmungen und Jahrhundert-Ereignisse. Die Handlungsfelder reichen von Landwirtschaft und Boden, über Wasserhaushalt, Naturschutz und Biodiversität zu Raum- und Städteplanung. Die Landkreise Calw, Sigmaringen, Freiburg, Lörrach, Pforzheim, Karlsruhe, Ludwigsburg, Heilbronn und Mannheim haben daher bereits ein Klima-Anpassungskonzept entwickelt, um ihre Gemeinden bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen zu begleiten und erfolgreich durchgeführte Klimaresilienz-projekte zu vervielfältigen. Diese Konzepte möchten wir auch auf unseren Landkreis übertragen.
- Die Klimaschutzagentur des Landkreises Tübingen hat eine wichtige Funktion für die öffentliche Bewusstseinsbildung zur Umsetzung der Energiewende. Sie soll personell gestärkt werden, um noch mehr Menschen mit ihren Informations- und Beratungsangeboten zu erreichen.
- Bioabfall soll zukünftig möglichst innerhalb der Region verstärkt energetisch verwertet werden. Dabei möchten wir auch neue Verfahren vorantreiben, wie beispielsweise die Verarbeitung des Bioabfalls zu Biokohle oder Biogas. Mit Biokohle kann der Atmosphäre Kohlendioxid entzogen werden.

Für mehr Vermeidung und Verwertung in der Abfallwirtschaft

Wir Grünen stehen für eine Abfallwirtschaft, welche durch ökologische Wirksamkeit die Entsorgungssicherheit sowie die Wirtschaftlichkeit langfristig gewährleistet und natürliche Ressourcen schont. Die Vermeidung und die Wiederverwertung von Abfällen müssen bei einer zukunftsgerichteten Abfallpolitik stets an erster Stelle der Bemühungen stehen.

Kommunale Abfallentsorgung statt privater Rosinenpickerei

Längst ist Recycling kein Nischenthema mehr – im Gegenteil: Kommerzielle Entsorger haben erkannt, dass manche Abfälle sehr lukrative Rohstoffe sind, die sich gewinnbringend sammeln und verwerten lassen. Andererseits steigen die Kosten für die Entsorgung der verbleibenden Restabfälle, insbesondere durch die teure Müllverbrennung.

Die flächendeckende Sammlung und fachgerechte Entsorgung sämtlicher Abfälle ohne zunehmende Belastung der Gebührenzahler*innen lässt sich aber nur dann gewährleisten, wenn die Erlöse lukrativer Abfallarten zur Kompensation der Sammlungs- und Entsorgungskosten verwendet werden können, die sonst zu extrem hohen Müllgebühren führen würden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir wollen Müllvermeidung fördern und Projekte wie zum Beispiel Warentauschtage und Repair-Cafés unterstützen.
- Wir wollen die Kreislaufwirtschaft stärken: Wo Abfälle anfallen, sollen diese in möglichst großem Maße recycelt werden – mit Sammelsystem.

- Die Abfallsatzung und das Sammelsystem müssen den knappen Platz berücksichtigen. Alle Menschen sollten Zugang zu den Sammlungen haben, jedoch ohne die Verpflichtung, selbst eine Tonne für jede Abfallart vorhalten zu müssen.
- Da Abfallgebühren nicht einkommensabhängig gestaffelt sind, dürfen Abfallgebühren aus sozialpolitischen Gründen nicht beständig steigen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass der Kreis auch künftig Erlöse aus gesammelten Wertstoffen zur Reduzierung des Defizits aus der Entsorgung anderer Abfallarten einsetzen kann.
- Auch Mitbürger*innen, die selbst nicht mobil sind, dürfen sicher sein, dass ihr Müll regelmäßig abgeholt wird.

Für eine sinnvolle Flächennutzung

Wie wollen wir unsere knappen und wertvollen Flächen sinnvoll nutzen? Für die überörtliche regionale Siedlungsplanung und die Ausweisung von Flächen für Windkraft- und PV-Freiflächenanlagen ist der Regionalverband Neckar-Alb zuständig. Im dort erarbeiteten Regionalplan ist festgelegt, wo in der Region zum Beispiel Schutzgebiete ausgewiesen werden und wo Siedlungsentwicklung oder Gewerbeansiedlung stattfinden kann.

In den Regionalverband werden Mitglieder des Kreistags entsandt. Wir haben also Einfluss auf diese Entscheidungen. Seit 2021 gibt es von Bund und Land neue Vorgaben zur Teilfortschreibung Windkraft und Photovoltaik. Diese wurden vom Regionalverband zu Planentwürfen umgesetzt. Begleitend gibt es eine breite Bürgerbeteiligung.

Im Moment sind die Flächenziele des Landes und des Bundes gut erreicht. Die Gemeinden können gezielt planen. Wir unterstützen diese Vorgehensweise ausdrücklich. Spannend in diesem Zusammenhang wird der Ausbau der Netz- und Speicherinfrastruktur. Neue Umspannwerke werden nötig sein. Auch diesen Prozess gilt es, kritisch zu begleiten.

Seit Januar 2024 gibt es erste Eckpunkte für die Erstellung eines neuen Landesentwicklungsplans, der dann wiederum Grundlage für einen neuen Regionalplan sein wird. Damit diese Eckpunkte in der Fortentwicklung nicht aufgeweicht werden, bringen wir uns schon früh in die Diskussion ein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Windkraftstandorte in unserer Region müssen fair verteilt werden. Die Wertschöpfung muss dabei in den Gemeinden bleiben.
- Freiflächensolaranlagen sollen vorzugsweise entlang von Straßen oder auf „Restflächen“, möglichst nicht dauerhaft auf wertvollen Ackerböden gebaut werden. Agri-Photovoltaik sollte bevorzugt eingesetzt werden.
- Um den Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung einzuschränken, muss weiterhin der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ gelten.
- Wir stehen voll und ganz hinter der Regionalstadtbahn. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur besseren Anbindung ländlicher Gebiete.
- Unser Ziel muss es sein, ohne zusätzliche Flächen-versiegelung auszukommen.

Für Natur- und Landschaftsschutz – Biodiversität fördern

Der Kreis Tübingen zeichnet sich durch eine reichhaltige Kulturlandschaft aus mit Naherholungsräumen und mit vielen verschiedenen Landschaftsformen als Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten. Diese Lebensräume und der Reichtum ihrer biologischen Vielfalt sind seit Jahren bedroht durch unwiederbringliche Flächenversiegelung für Siedlung und Verkehr, intensive Land- und Forstwirtschaft.

Mit der Änderung des § 22 Naturschutzgesetz soll bis 2030 auf 15 Prozent des Offenlands in Baden-Württemberg ein grünes Netz aus Biotopen und damit ein landesweiter Biotopverbund realisiert werden. Dieser trägt maßgeblich zum Erhalt der Artenvielfalt bei.

Dafür setzen wir uns ein:

- Für die Förderung der Artenvielfalt in unserem Landkreis.
- Für die Umsetzung des Biotopverbunds in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft.
- Unterstützung der vielen Bewirtschafter*innen von Streuobstwiesen und von Weinbergen in Steillagen bei naturverträglicher Pflege und Vermarktung ihrer Produkte.

Für Bildung, Soziales und Kultur

Für zeitgemäße Bildung

Der Kreis ist Träger der beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Wir setzen uns für die Sanierung und Erweiterung der Gebäude, Ausstattung, Schulsozialarbeit und eine erfolgreiche Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf ein.

Die politische Bildung und Beteiligung junger Menschen ist ein wichtiger Auftrag in unserer Demokratie. Dafür müssen sich die Gremien des Kreises öffnen.

Kein junger Mensch darf verloren gehen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen des Landkreises.
- Kooperationen mit Institutionen, Unternehmen und Vereinen fördern.
- Zeitgemäße räumliche und technische Ausstattung der kreiseigenen Schulen.
- Preiswertes und gesundes Essensangebot für die Schüler*innen der kreiseigenen Schulen.
- Für mehr Jugendbeteiligung im Kreis.

Für Inklusion und Teilhabe

Behinderungen oder prekäre Verhältnisse schließen Menschen vom gesellschaftlichen Leben aus. Wir bauen Barrieren ab – ganz konkret im öffentlichen Raum und in den Köpfen.

Eine selbstbestimmte Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben muss für alle Einwohner*innen des Kreises Tübingen gewährleistet sein. Auch für diejenigen, die sich in schwierigen Lebensverhältnissen befinden, für Menschen mit Behinderung, für ältere und alte Menschen, für Jugendliche ohne Arbeit und für Asylsuchende sowie sogenannte Geduldete. Das Ziel ist, barrierefreie Zugänge in allen Lebenslagen zu erreichen.

Kein Mensch mit Einschränkungen darf verloren gehen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Konsequente und vollumfängliche Umsetzung des Bundes-teilhabe-Gesetzes (BTHG).
- Bessere Eingliederungshilfen.
- Planung und Förderung integrativer Freizeitangebote.
- Eigenständiges und barrierefreies Wohnen mit pass-ge-nauer Assistenz.

Für mehr Integration

Unser Arbeitsmarkt braucht dauerhaft Zuwanderung, Geflüchtete brauchen Sicherheit. Wir wollen Integration beschleunigen, um eine gute Zukunft für die Einzelnen und unsere Gesellschaft zu schaffen. Das beginnt mit dem Spracherwerb in Kindergarten und Schule, in Integrationskursen, bei Praktika und in Arbeitsstellen.

Kein Mensch in Not darf verloren gehen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Integrationsangebote und Sprachförderung – für alle Menschen.
- Erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt.
- Unterstützende Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen.
- Angemessene und ausreichende Unterbringung der Ankommenden.

Für sorgende Gemeinschaften

Wir helfen beim Aufbau von sozialen Netzwerken in den Kommunen. Unsere älter werdende Gesellschaft benötigt die Projekte lebendiger Nachbarschaft in den Quartieren. Der Kreis-seniorenrat und Pflegekonferenzen leisten wichtige Arbeit bei der Vernetzung in den Gemeinden.

Kein älterer Mensch darf verloren gehen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Senior*innenberatung stärken.
- Innovative Quartiersprojekte fördern.
- Vernetzung und Weiterbildung für ehrenamtlich Tätige.
- Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

Für mehr Chancengleichheit

Wir unterstützen vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche, mehr Beteiligung und eine verlässliche Zusammenarbeit mit freien Trägern, um Chancengerechtigkeit wahr werden zu lassen.

Soziale Initiativen und freie Träger übernehmen wichtige Pflichtaufgaben im Kreis und müssen dafür ausreichend finanziell ausgestattet werden – auch im Rahmen der sogenannten Freiwilligkeitsleistungen.

Kein Mensch darf verloren gehen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Stärkung der freien Träger und Vereine.
- Anerkennung freiwilligen Engagements zum Beispiel durch Ehrenamtskarte.
- Unterstützung der vielfältigen Angebote.
- Ausreichende Finanzierung der sogenannten Freiwilligkeitsleistungen, da sie vielfach notwendige Aufgaben, teilweise sogar Pflichtaufgaben abdecken.
- ein starkes und zukunftsfähiges Jugendamt, das gut aufgestellt ist und schnell vor Ort Hilfe leisten kann.
- mehr Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse.
- Ausweitung des Angebots der KreisBonusCard.

Kultur für alle

Kulturelle Angebote müssen allen offen stehen. Sie verbinden Jung und Alt, Menschen jeglicher Herkunft, Religion und jeglichen Geschlechts. Kultur inspiriert zum Nachdenken und Mitmachen.

Kultur verbindet alle Menschen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Unterstützung überregionaler Angebote im Bereich Theater und Musik.
- Stärkung von Kreis-Partnerschaften wie zum Beispiel Arad/Rumänien.
- Interkulturelle Projekte wie TüNews.
- Förderung inklusiver Projekte.
- Ausstellungen im Landratsamt.
- Zugang durch KreisBonusCard.

Am 9. Juni Grün wählen!

Die Grüne Fraktion im Tübinger Kreistag setzt sich engagiert und mit langem Atem für lokale Klimapolitik, nachhaltige Mobilität, Biodiversität, eine effiziente Kreislaufwirtschaft, mehr Integration, Inklusion, Teilhabe und Chancengerechtigkeit ein.

Geben Sie diesen Themen auch in der nächsten Wahlperiode im Kreistag eine starke Stimme!



Gegen Rechtsextremismus und für Menschlichkeit!

Wir setzen uns ein für einen
lebenswerten, klimaneutralen und sozial gerechten Landkreis.



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Tübingen

Poststraße 2 – 4

72072 Tübingen

07071 / 51496

kreisvorstand@gruene-tuebingen.de

gruene-tuebingen.de

Spendenkonto: Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE46 6415 0020 0000 2245 49